

6715

10. September 2020

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-7236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

» **Bettina Sabara:** Meldefristen und Verfahrensabläufe bei der Elternteilzeit

RECHTSPRECHUNG

- » Mehrwöchige Unterbrechung der Arbeit – bloße Karenzierung oder Beendigung des Dienstverhältnisses?
- » Konkurrenzverbot – Kein Anspruch auf Vergütung gegen eine vom Angestellten gegründete GmbH
- » Schutz von Geschäftsgeheimnissen – Beweispflicht
- » Feststellung eines Scheinunternehmens – Auswirkung auf die Pflichtversicherung
- » BFG: Sonntagsarbeit eines Geschäftsführers nicht zwingend erforderlich
- » BFG: Vorteile aus Stock Options als ausländische sonstige Bezüge – Anrechnung auf Jahressechstel

AUS DEN BEHÖRDEN

» Meldepflichtverletzungen – Ende der Übergangsphase per 31. 8. 2020



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – ARBEITSRECHT**Bettina Sabara: Meldefristen und Verfahrensabläufe bei der Elternteilzeit**

3

Der aktuelle Beitrag von Mag. Bettina Sabara zeigt auf, welche Meldefristen bei der Inanspruchnahme von Elternteilzeit zu beachten sind und welche Konsequenzen im Fall der Nichteinhaltung dieser Fristen allenfalls eintreten bzw eintreten können bzw welche sonstigen wichtigen Rechtsfolgen gegeben sind. Auch wird das durch die Bekanntgabe des Elternteilzeitwunsches ausgelöste weitere Verfahren zur Durchsetzung der Elternteilzeit kurz dargestellt, das ebenso zahlreiche Fristen vorsieht.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Mehrwöchige Unterbrechung der Arbeit – bloße Karenzierung oder Beendigung des Dienstverhältnisses?	7
Substitutionsvereinbarung eines Rechtsanwalts als echter Dienstvertrag	8
Konkurrenzverbot – Kein Anspruch auf Vergütung gegen eine vom Angestellten gegründete GmbH	8
Schutz von Geschäftsgeheimnissen – Beweispflicht	9
Wirkung einer Konkurrenzklausel bei verschuldeter Dienstgeberkündigung	11

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Zuständiges SV-Recht bei Entsendungen in der EU	11
Feststellung eines Scheinunternehmens – Auswirkung auf die Pflichtversicherung	13
Zulässige Vermutung eines Dienstverhältnisses durch die Behörde	14
Keine gesetzliche Vermutung eines DV bei Betretung in Betriebsräumen im SV-Verfahren	15

» STEUERRECHT

BFG: Sonntagsarbeit eines Geschäftsführers nicht zwingend erforderlich	15
BFG: Vorteile aus Stock Options als ausländische sonstige Bezüge – Anrechnung auf Jahressechstel	16

AUS DEN BEHÖRDEN**» GESUNDHEITSKASSE**

Meldepflichtverletzungen – Ende der Übergangsphase per 31. 8. 2020	18
--	----

NEUERSCHEINUNGEN

20

IMPRESSUM

19

Goldammer's Archiv für Strafrecht

ISSN 0017-1956

Begründet 1853

Herausgegeben von
Jürgen Wolter, Wilfried Küper, Michael Hettinger, Ralf Es

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-L273

GA

8/2020

167. Jahrgang
Seiten 457–512



Aus dem Inhalt

- **Einführung zu den Beiträgen für Heinz Schöch 2010–2020**
Jürgen Wolter
- **Der Stalking-Tatbestand**
Claus Roxin
- **Selbstbelastungsfreiheit und Beweisbeschränkungen
im Strafverfahren**
Henning Radtke
- **Wieder gelesen: Heinz Schöch, Strafzumessungspraxis
und Verkehrsdelinquenz (1973)**
Thomas Weigend
- **Missbrauch des Strafrechts: Strafbarkeit aufgrund
materiell rechtswidriger Verwaltungsakte?**
Johannes Makepeace



Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Herausgegeben von
 Prof. Dr. Katharina Beckemper
 Prof. Dr. Jens Bülte
 Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Dannecker
 Dr. Gina Greeve
 Anke Hadamitzky
 Prof. Dr. Markus Jäger
 Thomas C. Knierim
 Dr. Astrid Lilie-Hutz
 Prof. Dr. Andreas Mosbacher
 Prof. Dr. Tido Park
 Prof. Dr. Andreas Ransiek, LL.M.
 Prof. Dr. Thomas Rönnau
 Stefan Rolletschke
 Kai Sackreuther
 Prof. Dr. Christian Schröder
 Prof. Dr. Jürgen Taschke

Schwerpunktheft COVID 19 und Insolvenz

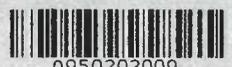
Aus dem Inhalt

- B. Klose*
 Die Strafverfolgung wegen Insolvenzdelikten
 in der COVID-19-Pandemie 333
- E. Roggendorff*
 This isn't the beginning of the end of this crisis.
 This is the end of the beginning 339
- J. Heinrich*
 Insolvenzstrafrecht im Überblick – Ein „Starterkit“
 für die Praxis 346
- M. Gehm*
 Neuerungen des Steuerstrafrechts aufgrund des
 Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes 368
- FG Münster
 Pfändung von Corona-Soforthilfe im Strafverfahren
 (m. Anm. *Johann*) 370



9/2020

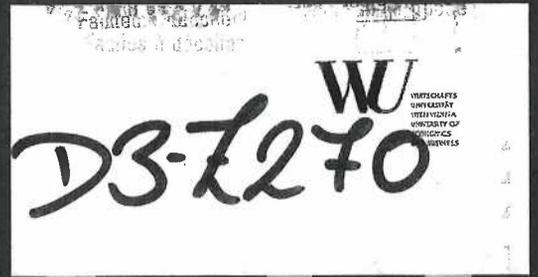
2. September 2020
 9. Jahrgang S. 333–372



NZWiSt-Inhaltsverzeichnis 9/2020

Editorial	<i>Rechtsanwältin Dr. Gina Greeve</i> Corona macht's möglich!	III
Aufsätze	<i>Privatdozent Dr. Dr. Bernhard Klose</i> Die Strafverfolgung wegen Insolvenzdelikten in der COVID-19-Pandemie	333
	<i>Elisa Roggendorff</i> This isn't the beginning of the end of this crisis. This is the end of the beginning	339
	<i>Dr. Jens Heinrich</i> Insolvenzstrafrecht im Überblick – Ein „Starterkit“ für die Praxis	346
	<i>Dr. Matthias Gehm</i> Neuerungen des Steuerstrafrechts aufgrund des Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes	368
Rechtsprechung	Wirtschaftsstrafrecht Pfändung von Corona-Soforthilfe im Strafverfahren FG Münster, Beschluss vom 13. Mai 2020 – 1 V 1286/20 AO (m. Anm. <i>Johann</i>)	370
Impressum		IV
NZWiSt-Aktuell	Rezension: Münchener Kommentar zum StGB, Band 1, 4. Aufl. 2020 (<i>Niesler</i>)	VI

Strafverteidiger Forum



Heft 9 September 2020

G 26104

www.ag-strafrecht.de

Aktuell

Schriever, Europa im Überblick

Aufsätze

Schmuck/Saager/Hecken, Die strafrechtliche Beurteilung vorgetäuschter Entsendungen

Bode, Strafvollzug: Beim Rechtsschutz nichts Neues?!

Piel, Effektivierung der Beschuldigtenrechte ab Beginn der Ermittlungen

Entscheidungen

BGH: Wurde eine Wohnung wegen Gefahr im Verzug durchsucht, bedarf deren erneute Durchsuchung einer neuen (richterlichen) Anordnung

LG Nürnberg-Fürth: Eine auf Organisationsmängeln im Aktentransport beruhende Überschreitung der Drei-Tage-Frist des § 306 Abs. 2 Hs. 2 StPO ist grundsätzlich geeignet, den Bestand eines Haftbefehls in Frage zu stellen *m. Anm. Ebner*

OLG Oldenburg: Zurückweisung eines Beweisantrages durch den Vorsitzenden wegen Verschleppungsabsicht gem. § 244 Abs. 6 S. 2 StPO entbindet nicht von der Verpflichtung, aus Verfahrensfairness rechtliches Gehör zu gewähren

BGH: Bestechlichkeit wegen des Inaussichtstellens der Förderung der Karriere einer Bediensteten bei Stellenbesetzungen gegen sexuelle Gunstgewährung *m. Anm. Sowada*

BGH: Der Grundtatbestand des § 29 BtMG entfaltet keine Sperrwirkung hinsichtlich der Strafraumenuntergrenze, wenn er im Wege der Gesetzeskonkurrenz hinter dem Qualifikationstatbestand des § 30a Abs. 2 BtMG zurücktritt

OLG Nürnberg: Die Vollstreckung einer Einziehungsanordnung hat zwingend zu unterbleiben, wenn der Wert des Erlangten nicht mehr im Vermögen des Betroffenen vorhanden ist

LG Leipzig: Der Hinweis auf den Tod des Mandanten und das damit verbundene Verfahrenshindernis ist eine geeignete Mitwirkungshandlung, um die Gebühr nach Nr. 4141 VV RVG zu verdienen



Herausgeber

RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht

RA Dr. Stephan Beukelmann

RAin Dr. Julia Exner-Kuhn

RAin Dr. Ines Kilian

RA Dr. Dirk Lammer

RA Prof. Dr. Werner Leitner

RAin Sonka Mehner

RA Jes Meyer-Lohkamp

RA Dr. Panos Pananis

RA Christof Püschel

RA Dr. Christian Rode

und die

Arbeitsgemeinschaft

Strafrecht des DAV

Redaktion

RA Dr. Stephan Beukelmann

RA Prof. Dr. Olaf Hohmann

RAin Dr. Ines Kilian

RA Dr. Dirk Lammer

RA Michael Rosenthal

Schriftleitung

RA Dr. Stephan Beukelmann

RA Prof. Dr. Olaf Hohmann



DeutscherAnwaltVerlag

Aktuell

Schriever, Europa im Überblick 353

Aufsätze

Schmuck/Saager/Hecken, Die strafrechtliche Beurteilung vorgetäuschter Entsendungen 354

Bode, Strafvollzug: Beim Rechtsschutz nichts Neues?! 360

Piel, Effektivierung der Beschuldigtenrechte ab Beginn der Ermittlungen 362

Entscheidungen

Verfahrensrecht

StPO § 105 Abs. 1 S. 1: Wurde eine Wohnung wegen Gefahr im Verzug durchsucht, bedarf deren erneute Durchsuchung einer neuen (richterlichen) Anordnung
BGH, Beschl. v. 4.6.2020 – 4 StR 15/20 366

StPO §§ 111j, 310: Gegenstand der Anfechtung kann bei Arrestanordnung im Rahmen der Einziehung von Taterträgen grundsätzlich nur die letzte gerichtliche Entscheidung sein
OLG Oldenburg, Beschl. v. 9.6.2020 – 1 Ws 187/20 368

StPO §§ 112 Abs. 1 Nr. 2, 112a Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2, 306 Abs. 2 Hs. 2: Eine auf Organisationsmängeln im Aktentransport beruhende Überschreitung der Drei-Tage-Frist des § 306 Abs. 2 Hs. 2 StPO ist grundsätzlich geeignet, den Bestand eines Haftbefehls in Frage zu stellen
LG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 12.6.2019 – 18 Qs 20/19 19 m. Anm. Ebner 369

StPO § 140 Abs. 1 u. 2: Ein Fall der notwendigen Verteidigung liegt bei geringfügigen Vorwürfen vor, wenn wegen weiterer bei anderen Gerichten anhängiger Verfahren mit weit gewichtigeren Vorwürfen eine Gesamtstrafenbildung in Betracht kommt
LG Magdeburg, Beschl. v. 30.4.2020 – 25 Qs 802 Js 70719/20 370

StPO § 141 Abs. 1 S. 1: Dem Beschuldigten steht hinsichtlich der Bestellung eines Pflichtverteidigers im Ermittlungsverfahren ein eigenes Antragsrecht zu
LG Magdeburg, Beschl. v. 4.6.2020 – 25 Qs 855 Js 81720/19 371

StPO § 200 Abs. 1 S. 1; StGB § 266a: Eine Anklage wegen des Vorwurfs des Vorenthaltens und der Veruntreuung von Arbeitsentgelt nach § 266a StGB genügt ihrer Umgrenzungsfunktion, wenn der konkrete Anklagesatz das relevante Verhalten und den Taterfolg anführt; einer Berechnungsdarstellung bedarf es nicht
BGH, Urt. v. 11.3.2020 – 2 StR 478/19 373

StPO § 244 Abs. 6 S. 2: Zurückweisung eines Beweisantrages durch den Vorsitzenden wegen Verschleppungsabsicht gem. § 244 Abs. 6 S. 2 StPO entbindet nicht von der Verpflichtung, aus Verfahrensfairness rechtliches Gehör zu gewähren
OLG Oldenburg, Beschl. v. 6.6.2020 – 1 Ss 90/20 374

StPO § 303: Die Beschränkung der Dispositionsbefugnisse des Berufungsführers über sein Rechtsmittel tritt mit Beginn der Hauptverhandlung für das gesamte Rechtsmittelverfahren ein
Thüringer OLG, Beschl. v. 17.12.2019 – 1 Ws 435/19 375

StPO § 397a: Eine Beschwerde des Angekl. gegen die Bestellung eines Nebenklägerbeistands ist mangels Beschwer unzulässig
OLG Celle, Beschl. v. 29.6.2020 – 3 Ws 154/20 378

GVG § 171b Abs. 1 u. 3: Der Ausschluss der Öffentlichkeit während der Schlussvorträge steht nicht zur Disposition der Verfahrensbeteiligten, sondern folgt dem Ausschluss während der Beweisaufnahme zwingend nach
BGH, Beschl. v. 18.6.2020 – 1 StR 86/20 378

AufenthG § 62b Abs. 1: Zu den Voraussetzungen der Unterbringung in Ausreisegewahrsam
AG Hamburg, Beschl. v. 30.6.2020 – 219g XIV 128/20 380

Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete

StGB §§ 55 Abs. 1 S. 2, 59b Abs. 1: Die „Verurteilung“ zu einer vorbehaltenen Geldstrafe durch einen Beschluss nach § 59b Abs. 1 StGB ist keine frühere Verurteilung i.S.d. § 55 Abs. 1 S. 2 StGB
BGH, Beschl. v. 26.2.2020 – 4 StR 347/19 381

StGB §§ 73b Abs. 1 S. 1, 73c S. 1: Die Einziehung von Wertersatz gegenüber dem Tatbeteiligten ist auch dann zulässig, wenn bei dem Drittbegünstigten die Einziehung des aus der Tat erlangten Gegenstands in Betracht kommt
BGH, Beschl. v. 28.5.2020 – 3 StR 364/19 382

StGB § 284 Abs. 1: Zum Einfluss europarechtlicher Vorgaben auf eine Strafbarkeit nach § 284 StGB
BGH, Beschl. v. 27.2.2020 – 3 StR 327/19 385

StGB § 332: Stellt ein Beamter, dem insoweit zumindest die Möglichkeit der Einflussnahme zu Gebote steht, die Förderung der Karriere einer Bediensteten bei Stellenbesetzungen gegen sexuelle Gunstgewährung in Aussicht, so erfüllt dies den Tatbestand der Bestechlichkeit auch dann, wenn die konkrete Art der Förderung im Unbestimmten bleibt
BGH, Beschl. v. 7.4.2020 – 6 StR 52/20 m. Anm. Sowada 388

BtMG §§ 29, 30a Abs. 2: Der Grundtatbestand des § 29 BtMG entfaltet keine Sperrwirkung hinsichtlich der Strafraumenuntergrenze, wenn er im Wege der Gesetzeskonkurrenz hinter dem Qualifikationstatbestand des § 30a Abs. 2 BtMG zurücktritt
BGH, Beschl. v. 26.2.2020 – 4 StR 474/19 392

Strafvollstreckung/Strafvollzug

StPO § 459g Abs. 5: Die Vollstreckung einer Einziehungsanordnung hat zwingend zu unterbleiben, wenn der Wert des Erlangten nicht mehr im Vermögen des Betroffenen vorhanden ist
OLG Nürnberg, Beschl. v. 13.2.2020 – Ws 2/20 393

StPO § 459g Abs. 5: Die Vollstreckung der Einziehungsentscheidung hat zwingend zu unterbleiben, wenn der Wert des Erlangten nicht mehr im Vermögen des Betroffenen vorhanden ist
Thüringer OLG, Beschl. v. 7.11.2019 – 1 Ws 341/19 394

Gebühren- und Kostenrecht

VV RVG Nr. 4141: Der Hinweis auf den Tod des Mandanten und das damit verbundene Verfahrenshindernis ist eine geeignete Mitwirkungshandlung, um die Gebühr nach Nr. 4141 VV RVG zu verdienen
LG Leipzig, Beschl. v. 19.6.2020 – 2 Qs 8/20 jug 395

DER KONZEI

www.der-konzern.de

7-8

Seite 281 – 324
Juli/August 2020
18. Jahrgang

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z213

»» Konzernrecht • Steuerrecht • Rechnungslegung

Herausgeber: Prof. Dr. Stefan Simon • Prof. Dr. Andreas Cahn • Dr. Klaus-Dieter Stephan • Dr. Jens Hageböke • Prof. Dr. Ingo Stangl • Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking • Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

AUFSÄTZE

- Wolfgang Servatius*
Gesellschafterdarlehen in Zeiten von COVID-19 281
- Leonhard Knoll*
Ausschüttungsquote und Marktrisikoprämie: Eine prekäre Beziehung 288
- Reiner Quick/Nicolas Pappert/Julia Meier-Scheuven*
Berichterstattung zu Forschung und Entwicklung in den Konzernlageberichten der Unternehmen im DAX und MDAX 294

AUS DEM HANDELSBLATT-BLOG

- Tobias Deschenhalm*
GewSt-Pflicht des Einbringungsgewinns I und II 302
- Gerald Herrmann*
Neues zum Vorsteuerabzug bei Holdinggesellschaften 303

ENTSCHEIDUNGEN

- BGH mit Anm. Klaus-Dieter Stephan*
Schadenersatzansprüche wegen Unterlassens einer öffentlichen Kapitalmarktinformation:
Zur Zulässigkeit konkurrierender Musterverfahren 304
- OLG Köln*
Honoraranspruch aus einem Dienstvertrag – Dienstvertrag mit einem Aufsichtsratsmitglied 308
- LG München I*
Verstoß gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben: Ermittlung der Barabfindung im Spruchverfahren 311
- BFH*
Keine Anerkennung interner Darlehen zwischen Trägerkörperschaft und BgA zur Refinanzierung
wesentlicher Betriebsgrundlagen 314
- BFH*
Berücksichtigung eines Verlusts aus dem Verzicht auf ein Gesellschafterdarlehen 316
- BFH*
EuGH-Vorlage zur Organschaft 319

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

- Landesamt für Steuern Niedersachsen*
Körperschaftsteuerliche Behandlung von Fremdwährungsverlusten in Konzernfällen 323

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

AUFSÄTZE

KONZERNRECHT

Insolvenzrecht

Gesellschafterdarlehen in Zeiten von COVID-19

Prof. Dr. Wolfgang Servatius, Regensburg

Das Gesetz zur Abmilderung der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27.03.2020 brachte durch § 2 Abs. 1 Nr. 2 COVInsAG auch Änderungen mit sich für das Recht der Gesellschafterdarlehen gem. § 39 Abs. 1 Nr. 5, §§ 44a, 135 InsO. Der Beitrag beleuchtet diese kritisch.

DK1339271

S. 281

RECHNUNGSLEGUNG/CORPORATE GOVERNANCE

Unternehmensbewertung

Ausschüttungsquote und Marktrisikoprämie:

Eine prekäre Beziehung

Prof. Dr. Leonhard Knoll, Würzburg

Mit der Einführung des Tax-CAPM stehen Marktrisikoprämien und Ausschüttungsquoten beim Bewertungsobjekt und beim Marktportfolio in einem komplexen und oft prekären Verhältnis. Bislang hat es das IDW versäumt, formale Vorgaben aufzuzeigen, unter denen die Vorgaben von Bewertern erfüllt werden können.

DK1338784

S. 288

RECHNUNGSLEGUNG/CORPORATE GOVERNANCE

Rechnungslegung

Berichterstattung zu F&E in den Konzernlageberichten der Unternehmen im DAX und MDAX

Prof. Dr. Reiner Quick / Nicolas Pappert, M.A. /

Julia Meier-Scheuven, B.Sc., alle Darmstadt

Der Beitrag wertet den Status quo der Berichtspraxis zu F&E-Aktivitäten innerhalb der Konzernlageberichte aus und bewertet sie im Hinblick auf die Eignung zur Erfüllung der Informationsfunktion. Grundlage der Untersuchung bilden die Konzernlageberichte der 90 Unternehmen in den Auswahlindizes DAX und MDAX für die Geschäftsjahre 2018 bzw. 2017/18.

DK1334048

S. 294

AUS DEM HANDELSBLATT-BLOG

STEUERRECHT

Gewerbesteuer

GewSt-Pflicht des Einbringungsgewinns I und II

StB Tobias Deschenhalm, München

DK1340953

S. 302

Umsatzsteuer

Neues zum Vorsteuerabzug bei Holdinggesellschaften

RA Gerald Herrmann, München

DK1340952

S. 303

ENTSCHEIDUNGEN

KONZERNRECHT

Kapitalmarktrecht

Schadensersatzansprüche wegen Unterlassens einer öffentlichen Kapitalmarktinformation

BGH, Beschluss vom 16.06.2020 – II ZB 10/19 mit Anm.

RA Dr. Klaus-Dieter Stephan

DK1339878

S. 304

Kapitalmarktrecht

Ausschließliche örtliche Zuständigkeit nach § 32b Abs. 1 Nr. 1 ZPO bei mehreren betroffenen Emittenten

OLG Braunschweig, Beschluss vom 12.08.2019 – 3 Kap 1/16

DK1340896

S. 308

Aktienrecht

Honoraranspruch aus einem Dienstvertrag –

Dienstvertrag mit einem Aufsichtsratsmitglied

OLG Köln, Beschluss vom 27.02.2019 – 18 U 37/18

DK1319456

S. 308

Aktienrecht

Verstoß gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben:

Ermittlung der Barabfindung im Spruchverfahren

LG München I, Beschluss vom 28.03.2019 – 5 HK O 3374/18

DK1324435

S. 311

STEUERRECHT

Gewinnermittlung

Darlehen zwischen Trägerkörperschaft und BgA zur Refinanzierung wesentlicher Betriebsgrundlagen

BFH, Urteil vom 10.12.2019 – I R 24/17

DK1340892

S. 314

Einkommensteuer

Verlust aus dem Verzicht auf ein Gesellschafterdarlehen

BFH, Urteil vom 14.01.2020 – IX R 9/18

DK1340891

S. 316

Umsatzsteuer

EuGH-Vorlage zur Organschaft

BFH, Beschluss vom 07.05.2020 – V R 40/19

DK1337720

S. 319

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

STEUERRECHT

Körperschaftsteuer

Fremdwährungsverluste in Konzernfällen

LfSt Niedersachsen, Erlass vom 21.04.2020

DK1335441

S. 323

Umsatzsteuer

Postalische Erreichbarkeit des Rechnungsausstellers sowie Identität von Rechnungsaussteller und Leistungserbringer

BMF, Schreiben vom 13.07.2020

DK1340898

S. 323

Erbschaft-/Schenkungssteuer

Behandlung vermögensverwaltender Gesellschaften

BayLfSt, Verfügung vom 08.07.2020

DK1340899

S. 324

95. Jahrgang / 10. September 2020 / Nr. 26

SW *D3-L25*

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Steuer- und Wirtschaftskartei

Elektroauto

Das neue steuerliche Nonplusultra?

Brexit

Wichtige umsatzsteuerliche Neuerungen ab 2021

Ertragsteuern

Auslandsverluste und Aufgabe der Betriebsstätte
VwGH zum treuhändigen Erwerb einer Beteiligung

Bestandvertragsgebühr

Was gilt bei Vereinbarung aller Kündigungsgründe?

Finanz-/Wirtschaftsstrafrecht

Gewerbsmäßigkeit und Günstigkeitsvergleich
Verlust der Gewerbeberechtigung

Wirtschaft

Vorkaufs-/Wiederkaufsrechte und Anwachsung
Digitalisierung im Rechnungswesen und Controlling

Linde
www.lindeverlag.at



STEUER- UND WIRTSCHAFTSKARTEI

Zeitschrift für das gesamte Steuer- und Wirtschaftsrecht

In diesem Heft

Elektroauto – das neue steuerliche Nonplusultra? (Häusler)	1248
Aufstockung der Mittel für die Investitionsprämie	1253
Kosten für einen COVID-Test	1253
Ende der Übergangsphase für Meldepflichtverletzungen	1253
Vereinigtes Königreich: Wichtige umsatzsteuerliche Änderungen ab dem Jahr 2021 (Pichler)	1254
Die Aufgabe der Betriebsstätte im Sinne des § 124b Z 249 lit b EStG (Benscherer / Böhm)	1261
VwGH zum treuhändigen Erwerb einer Beteiligung (Ehgartner)	1266
Vorteile aus „Stock Options“ als ausländische sonstige Bezüge	1267
VwGH erneut zur Bestandvertragsgebühr bei Vereinbarung aller Kündigungsgründe des § 30 Abs 2 MRG (Wolkerstorfer)	1268
Gewerbsmäßige Tatbegehung und Günstigkeitsvergleich (Eberl / Huber)	1272
Verlust der Gewerbeberechtigung (C. Toifl / Sautter)	1275
Ausdehnung der zweiten Kurzarbeitsphase bis 30. 9. 2020	1277
Rechtliches Schicksal von im Grundbuch eingetragenen Vorkaufs- und Wiederkaufsrechten (Schmidt / Schwab)	1278
Steuertermine im Oktober	1282
Digitalisierung im Rechnungswesen und Controlling (Ploier / S. Mayr / Baschinger)	1283
Deutschland begibt grüne Bundeswertpapiere	1286

Impressum: Siehe Umschlagseite gegenüber

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.
Anmeldung unter <https://www.lindeverlag.at/newsletter>

SWK
Steuer- und Wirtschaftskartei

Redaktion: Dr. Andrei Bodis/Prof. Gerhard Gaedke
Dr. Gerhard Kohler/Mag. Stefan Menhofer
Mag. Christoph Schlager/Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 1 24 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

ABGABEN-, FINANZ- UND STEUERRECHT

BFG-ERKENNTNISSE ZUM ABGABEN- UND STEUERRECHT

2020 / Heft 4, Seiten 121–160 (18. Jahrgang)

Steuer & Service

- 122 COVID-19: Der Härtefallfonds – Eine praktische Bestandsaufnahme
- 128 Überarbeitete Information des BMF zur (lohn-)steuerlichen Behandlung der COVID-19-Kurzarbeit
- 130 BMF-Information zur Änderung der LStR 2002 in den Randzahlen 94 und 95a betreffend freie oder verbilligte Mahlzeiten (§ 3 Abs 1 Z 17 EStG 1988)
- 131 Ergänzung des Erlasses zur Einzelaufzeichnungs-, Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht
- 132 Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten nach § 91 GMSG – Liste der teilnehmenden Staaten zum 1.5.2020 (BMF-Info)
- 133 Regelbedarfsätze für Unterhaltsleistungen für das Kalenderjahr 2021

Bundesfinanzgericht

- 133 BFG-kompakt – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
- 135 Steuerfreie Diäten und Überstundenzuschläge
- 138 Gleichbehandlung online- mit Präsenzunterricht
- 140 Grundstücksschenkung mit gleichzeitiger Vereinbarung Vorbehaltsfruchtgenussrecht gegen „AfA-Miete“/Substanzabgeltung
- 143 Doppelte Haushaltsführung und Familienheimfahrten
- 145 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“

Herausgeber: Hubert W. Fuchs und Klaus Hilber

INHALT

STEUER & SERVICE

- 122 COVID-19: Der Härtefallfonds – Eine praktische Bestandsaufnahme
(Peter Pülzl)
- 128 Überarbeitete Information des BMF zur (lohn-)steuerlichen Behandlung der COVID-19-Kurzarbeit
Info des BMF vom 12.6.2020, 2020-0.364.195 (gültig ab 1.3.2020) (Hubert W. Fuchs)
- 130 BMF-Information zur Änderung der LStR 2002 in den Randzahlen 94 und 95a betreffend freie oder verbilligte Mahlzeiten (§ 3 Abs 1 Z 17 EStG 1988)
Info des BMF vom 12.5.2020, 2020-0.092.779 (Hubert W. Fuchs)
- 131 Ergänzung des Erlasses zur Einzelaufzeichnungs-, Registrierkassen- und Belegerteilungspflicht
Erlass des BMF vom 9.7.2020, 2020-0.421.626, BMF-AV Nr 103/2020 (Klaus Hilber)
- 132 Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten nach § 91 GMSG – Liste der teilnehmenden Staaten zum 1.5.2020 (BMF-Info)
Info des BMF vom 15.6.2020, 2020-0.343.150 (Hubert W. Fuchs)
- 133 Regelbedarfsätze für Unterhaltsleistungen für das Kalenderjahr 2021
Erlass des BMF vom 30.7.2020, 2020-0.486.528, BMF-AV Nr 111/2020 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 133 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
(Klaus Hilber)
- 135 Steuerfreie Diäten und Überstundenzuschläge
BFG 29.5.2020, RV/3100570/2018 (Klaus Hilber)
- 138 Gleichbehandlung online- mit Präsenzunterricht
BFG 29.4.2020, RV/5101634/2019 (Clemens Endfellner)
- 140 Grundstücksschenkung mit gleichzeitiger Vereinbarung Vorbehaltsfruchtgenussrecht gegen „AfA-Miete“/Substanzabgeltung
BFG 14.5.2020, RV/7100688/2018 (Hubert W. Fuchs)
- 143 Doppelte Haushaltsführung und Familienheimfahrten
BFG 29.5.2020, RV/7103269/2015 (Klaus Hilber)
- 145 BFG-Erkenntnisse „kurz & bündig“
(Hubert W. Fuchs)
- 155 Buchbesprechungen
- 160 Herausgeber, Autoren
- U3 Impressum

■ Neuerungen bei der Kontrolle von Investitionen EU-ausländischer Investoren

■ Erlöschen der Zollschuld beim Export

■ Zwischen Freihandelsabkommen und COVID-19: Vietnam als neues Wachstumswunder in Südostasien?

■ Freihandelsabkommen der EU mit Vietnam

■ Reform der Ermächtigung für Einzeleingriffe

■ Die neue Incoterms 2020®-Klausel DPU

©Rawpixel.com

AW-Prax

Außenwirtschaftliche Praxis

Herausgegeben in Verbindung mit dem Europäischen Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchsteuern und Zoll e.V. (EFA)

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans-Michael Wolfgang, redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Außenhandelsrecht

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Exportkontrollrecht

Dr. Klaus Pottmeyer, Rechtsanwalt redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Redaktion Zollrecht

Prof. Dr. Peter Witte (stellvertretender Schriftleiter), Steuerberater redaktion@aw-prax.de, Anschrift wie Verlag

Herausgeberbeirat

Dr. Angela Dube, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Berlin

Prof. Dr. Dirk Ehlers, Zentrum für Außenwirtschaftsrecht e.V.
Carsten Fischer, Präsidialmitglied der Bundessteuerberaterkammer und Präsident der StBK Niedersachsen

RA Dr. Nils Harnischmacher, Münster, Außenwirtschaftsrunde e.V.

RA Klaus John, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI), Frankfurt

Jan Jost, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), Berlin

RA Jutta Knell, Bundesverband Spedition und Logistik e.V. (BSL), Bonn

RAin Claudia Kurz, Verband der Chem. Industrie e.V., Frankfurt
RA Michael Lux, Brüssel

Dr. Anton Mairinger, Hofrat des Verwaltungsgerichtshofs, Wien
Dr. Klaus-Peter Müller-Eiselt, Vors. Richter am Bundesfinanzhof a.D., München

Murat Özdemir, Leiter Außenwirtschaft und Zoll, Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels e.V. (AVE), Berlin

Brian Petter, Verband der Chem. Industrie e.V., Frankfurt
Georg Pietsch, Abteilungspräsident im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Burghard Piltz, Rechtsanwalt, Hamburg

Prof. Dr. Achim Rogmann LLM (Murdoch), Brunswick European Law School an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Wolfenbüttel

Peter Scheben, Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Olaf Simonsen, Vizepräsident a.D., ehemals Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), Eschborn

Prof. Dr. Walter-Michael Summersberger, Universität Linz

Dr. Bettina Vogl-Lang, Bundesministerium für Finanzen, Wien
Klaus Vorpeil, Rechtsanwalt, Mainz/Bad Kreuznach

Karl Wendling, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

Oliver Wieck, ICC Germany e.V., Berlin

Ständige Mitarbeiter

Dr. Susanne Aigner, Europäische Kommission, Brüssel

Stephan Alexander, Richter am Finanzgericht Düsseldorf

Dr. Kai Henning Felderhoff, Rechtsanwalt, AWB Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Münster

Prof. Dr. h.c. (UA) Lothar Gellert, Hochschule des Bundes, Münster

Prof. Dr. Reginhard Henke, Hochschule des Bundes, Münster
Hans-Joachim Kampf, Dipl.-Finanzwirt, Hochschule des Bundes, Münster

Dr. Thomas Möller, Regierungsdirektor, Hauptzollamt Osnabrück

Willi Vögele, Leitender Regierungsdirektor a.D., Freiburg i. Br.

Dr. Carsten Weerth, Dipl.-Finanzwirt, BSc. (Glasgow), LL.M., MA, Hauptzollamt Bremen

Inhalt

Beiträge · Aufsätze · Berichte

Dr. Frederic Geber

- **Neuerungen bei der Kontrolle von Investitionen EU-ausländischer Investoren** 365

Prof. Dr. Peter Witte

- **Erlöschen der Zollschuld beim Export** 369

Marc Zimmermann/Dr. Constantin Frank-Fahle

- **Zwischen Freihandelsabkommen und COVID-19: Vietnam als neues Wachstumswunder in Südostasien?** 372

Dr. Kai Henning Felderhoff

- **Freihandelsabkommen der EU mit Vietnam** 376

Michael Tomuscheit

- **Das Freihandelsabkommen der EU mit Vietnam in der betrieblichen Praxis** 383

Prof. Dr. Jan Martin Hoffmann

- **Reform der Ermächtigung für Einzeleingriffe** 387

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff

- **Die neue Incoterms 2020®-Klausel DP** 391

Oliver Schulz

- **Indiens Industrie 4.0 – eine Chance in der Krise** 393

RechtsprechungsReport

Prof. Dr. Achim Rogmann LLM

- **Freihandel oder nationale Sicherheit?** 396

Adam Wasiak

- **Einfuhrabgabentestung bei Schmuggelzigaretten** 401

Prof. Dr. Christoph Graf von Bernstorff

- **EuGH zu „Zivil- und Handelssachen“** 405

Aus- und Weiterbildung

Dr. Klaus Pottmeyer

- **Die Waffenembargos** 407

Nachrichten

GesetzgebungsReport

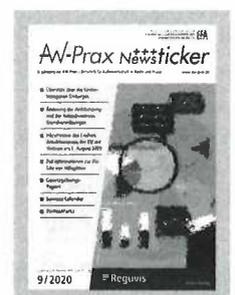
SeminarKalender

StellenMarkt

finden Sie im „AW-Prax Newsticker“ als separate Ergänzung zum Heft!

Impressum

363, 375



AW-Prax Newsticker

Ergänzung zur AW-Prax – Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis

www.aw-prax.de

- Übersicht über die länderbezogenen Embargos

- Änderung der Antidumping- und der Antisubventions-Grundverordnungen

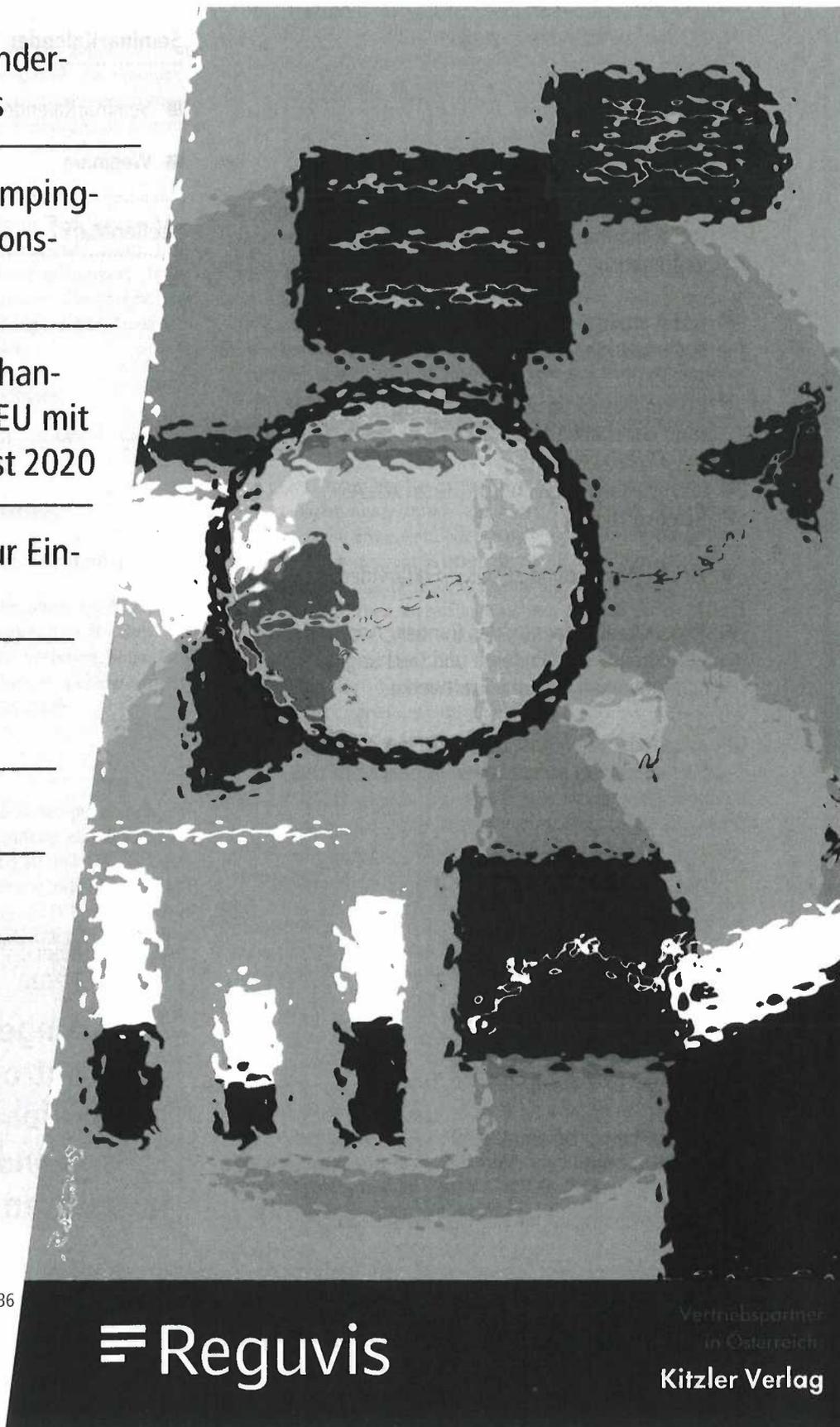
- Inkrafttreten des Freihandelsabkommens der EU mit Vietnam am 1. August 2020

- Zoll-Informationen zur Einfuhr von Hilfsgütern

- Gesetzgebungs-Report

- SeminarKalender

- StellenMarkt



Aktuelle Nachrichten

- Übersicht über die länderbezogenen Embargos 219
- Änderung der Antidumping- und der Antisubventions-Grundverordnungen 219
- Inkrafttreten des Freihandelsabkommens der EU mit Vietnam am 1. August 2020 220
- Zoll-Informationen zur Einfuhr von Hilfsgütern 221
- Ausfuhr – Allgemeine Genehmigungen – Verlängerungen ab Oktober 2020 221
- BAFA-Information zum elektronischen Kriegswaffenbuch 222
- BAFA ergänzt Infos zur Prüfung von personenbezogenen Sanktionsmaßnahmen 222
- EU-Finanzsanktionen – Ergänzung und Änderung der Namenslisten 223
- IT-Verfahren ATLAS – EDI-IHB zu ATLAS-Release 10.0 224
- ATLAS-Anwendung ZELOS – Erklärvideo 225
- Exportkreditgarantien des Bundes: Anreize für klimafreundliche Projekte und Deckungseinschränkungen für Kohlekraftwerke 225
- Kambodscha: Verlust des zollfreien Zugangs zum EU-Markt aufgrund von Menschenrechtsverletzungen 226
- Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs zu handelspolitischen Schutzinstrumenten veröffentlicht 226
- Wiedereinführung von Antidumpingmaßnahmen auf Einfuhren von Fahrrädern aus Sri Lanka 227
- Zollpräferenzen: Salomonen, Färöer 228
- UZK-Arbeitsprogramm: ICS2 – ab 1.3.2021 in drei Schritten 228
- Aktualisierung fachlicher Codelisten EMCS 229

GesetzgebungsReport

- Europäische Union 230
- Österreich 230
- Schweiz 230

SeminarKalender

- SeminarKalender 231
- Webinare 232

StellenMarkt

233

Titelthema der AW-Prax 9/2020:

Neuerungen bei der Kontrolle von Investitionen EU-ausländischer Investoren



Zeitschrift für

VERGABERECHT UND BAUVERTR RECHT

ZVB

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z128

Herausgeber **Josef Aicher, Michael Holoubek, Johannes Schramm, Bernt Elsner,
Michael Fruhmann, Rudolf Lessiak, Andreas Kropik**
Redaktion und Schriftleitung **Johannes Schramm, Josef Aicher**

September 2020

09

325 – 364

Vergaberecht

**E-Procurement, praktische Erfahrungen und rechtlicher Rahmen
– Teil 3** *Albert Oppel* ➔ 329

**EuGH – Horizontale Zusammenarbeit zwischen öffentlichen
Auftraggebern: Anforderungen an die „Zusammenarbeit“**
Ruth Bittner ➔ 349

Bauvertragsrecht

**Partnering-Modelle bei der
Durchführung öffentlicher
Bauprojekte – Überlegungen aus
vergaberechtlicher Sicht**

*Michael Holoubek, Thomas Ziniel, Lukas Diem und
Jasmin Ziegelbecker* ➔ 357

**OGH – Schwierigkeiten beim Nachweis von Schäden wegen fehlerhafter
Planungsleistung des Planers nach Vergleich zwischen Bauherrin und
Baufirma** *Tatjana Chiwitt-Oberhammer* ➔ 361



→ Editorial	325
<i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i>	

ZVB-Aktuell	328
-------------------	-----

Vergaberecht

Beitrag

→ E-Procurement, praktische Erfahrungen und rechtlicher Rahmen – Teil 3	329
Mit 18. 10. 2018 sind die Bestimmungen des BVergG 2018 betreffend eVergabe zu ihrem größten Teil in Kraft getreten. Die Bestimmungen sind inhaltlich mit den europarechtlichen Vorgaben ident. Letztere wurden in der Lit bereits umfassend aufgearbeitet. Mit der eVergabe könnte die elektronische Auktion zunehmend an praktischer Bedeutung gewinnen. Dynamische Beschaffungssysteme und elektronische Kataloge dürften hingegen auch weiterhin eine vergleichsweise geringere Bedeutung haben. Der Beitrag wurde zwar bereits im Herbst 2018 fertiggestellt. Da die Erfahrungen und Analysen iW aus dem internationalen Umfeld, auf denen der Beitrag aufbaut, aber – soweit ersichtlich – nichts an ihrer Aktualität eingebüßt haben, ist aus der Sicht des Verfassers die Aktualität unverändert gegeben.	
<i>Von Albert Oppel</i>	

ZVB-Leitsatzkartei

→ ZVB-LSK 2020/69–78	335
----------------------------	-----

Rechtsprechung

→ Wie man Reinigungsdienstleistungen sauber kalkuliert	336
BVwG 4. 5. 2020, W134 2229948–2	
<i>Mit Anmerkung von Judith Pallitsch, Stefan Reisinger und Stefan Mathias Ullreich</i>	
→ Vertiefte Angebotsprüfung: „Gespür“ für die Beurteilung der Plausibilität ausreichend?	339
BVwG 5. 2. 2020, W120 2226204-2/27E	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Georg Gruber und Thomas Gruber</i>	
→ Tücken und Vorteile einer Kommissionsbewertung	344
LVwG NÖ 22. 5. 2020, LVwG-VG-2/002–2020	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Beatrix Lehner</i>	
→ Horizontale Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern: Anforderungen an die „Zusammenarbeit“	349
EuGH 4. 6. 2020, C-429/19, Remondis	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Ruth Bittner</i>	
→ Zur Warnpflicht des Werkunternehmers bei Ausschreibungsunterlagen	353
OGH 19. 2. 2020, 7 Ob 191/19t	
<i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Gregor Sticker und Petra Haigner</i>	

Bauvertragsrecht

Beitrag

→ *Partnering*-Modelle bei der Durchführung öffentlicher Bauprojekte – Überlegungen aus vergaberechtlicher Sicht **357**

Die Realisierung komplexerer Bauvorhaben im privaten Sektor erfolgt heute vermehrt durch vertragliche Ansätze, die sich durch eine besondere Form der Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auszeichnen. Diese Zusammenarbeit soll möglichst alle Stadien eines Bauprojekts einschließen und somit auch möglichst früh im Projekt einsetzen. Der Beitrag geht – am Beispiel des Verhandlungsverfahrens – der Frage nach, ob und inwieweit solche *partnering*-Modelle bei der Durchführung öffentlicher Bauprojekte, also unter den Vorgaben des BVergG 2018, umgesetzt werden können.

Von Michael Holoubek, Thomas Ziniel, Lukas Diem und Jasmin Ziegelbecker

Rechtsprechung

→ Schwierigkeiten beim Nachweis von Schäden wegen fehlerhafter Planungsleistung des Planers nach Vergleich zwischen Bauherrin und Baufirma **361**

OGH 7. 4. 2020, 4 Ob 21/20 x

Mit Anmerkung und Praxistipp von Tatjana Chiwitt-Oberhammer

Standards

→ Impressum **325**

→ Buchbesprechung **364**



[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Dr. Tatjana Chiwitt-Oberhammer, M.A., in D und Ch zugelassene Rechtsanwältin
 Dr. Ruth Bittner, Associate bei CMS Reich-Rohrwig Hainz
 Mag. Lukas Diem, BA, VfGH
 Mag. Jacqueline Guger, Rechtsanwaltsanwärterin bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. Georg Gruber, Vergabebjurist
 Mag. Thomas Gruber, Richter des Bundesverwaltungsgerichts
 Petra Haigner, LL.M. (WU), Rechtsanwaltsanwärterin bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Univ.Prof. Dr. Michael Holoubek, Wirtschaftsuniversität Wien
 Mag. Beatrix Lehner, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts
 Dr. Karlheinz Moick, Rechtsanwalt und Partner bei FSM-Rechtsanwälte
 Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Ing. Mag. Stefan Reisinger, Prokuraturanwalt
 Mag. Judith Pallitsch, Prokuraturanwaltsanwärterin
 Mag. Hannes Pesendorfer, Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. Gregor Sticker, Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Dr. Stefan Mathias Ullreich, MA (KCL), Leitender Prokuraturanwalt
 Mag. Jasmin Ziegelbecker, BA, Wirtschaftsuniversität Wien
 Dr. Thomas Ziniel, LL. M., BSc., Bundesministerium für Justiz

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. Stephan Denk, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer
 Dr. Heimo Ellner, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger
 Dr. Hans Göttes, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen, Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe
 Mag. Reinhard Grasböck, Richter des Bundesverwaltungsgerichts

Doz. Dr. Brigitte Gutknecht, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien
 Univ.-Prof. DI Dr. Andreas Kropik, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger
 Hon.-Prof. Dr. Rudolf Lessiak, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht
 Dr. Matthias Öhler, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte
 Mag. Franz Pachner, BMWFW iR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. Otto-Imre Pathy, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
 Dr. Robert Berger, Amt der Salzburger Landesregierung
 Dr. Doris Hattenberger, Universität Klagenfurt
 Mag. Beatrix Lehner, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)
 Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichts Wien
 Mag. Christian Ruzicka, Stadt Wien, MA 63
 Dr. Sigmund Rosenkranz, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol
 Mag. Manja Schlossar-Schiretz, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Mag. Karin Schnabl, Landesverwaltungsgericht Steiermark
 Dr. Volker Würdinger, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht

D3-Z148

Privates Baurecht · Recht der Architekten und Ingenieure · Vergaberecht

In Zusammenarbeit mit der
Neuen juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Meinrad Dreher
Prof. Dr. Heiko Fuchs

Prof. Dr. Klaus Englert
Wolfgang Jaeger
Günther Jansen
Reinhard Janssen
Prof. Dr. Ralf Leinemann
Prof. Dr. Burkhard Messerschmidt
Prof. Dr. Gerd Motzke
Dr. Marc Opitz
Prof. Dr. Frank Peters
Dr. Hans-Joachim Prieß
Dagmar Sacher
Ulrich Schröder

www.nzbau.de

Aus dem Inhalt

- B. Linke*
Markttöffnung auf Raten – Bestandsschutz von
Altaufträgen im ÖPNV 555
- M. Seibel*
Kombinationsabdichtung trotz Normierung in der
DIN 18195-6 bzw. (neu) DIN 18533 keine „allgemein
anerkannte Regel der Technik“? 558
- W. Tresselt/B. Braren*
„Raus bist du noch lange nicht!“ – Stärkung des Rechts-
schutzes ausschlusswürdiger Bieter durch EuGH 562
- R. Ortner*
Vergaberechtliche Anforderungen und Grenzen
lösungsoffener Ausschreibungen 565
- BGH*
Kein Vertrag bei Nichtakzeptanz veränderter
Bauzeit – Schutzeinrichtungen 570
- OLG Düsseldorf*
Feststellung einer Schwarzgeldabrede ohne
dahingehenden Parteivortrag 576
mit Praxisanmerkung *Ch. Maushake* 578
- BGH*
Feststellung einer Mindestsatzunterschreitung bei
beschränkter Beauftragung eines Architekten 584
- EuGH*
Strafzahlung des Auftragnehmers bei Auftrags-
änderung – T-Systems Magyarországi 590
- BVerfG*
Unzulässige Verfassungsbeschwerde – RDG
Sachsen-Anhalt 607
- BGH*
Anspruch auf Aufhebung einer Vergabesperre –
Forschungskordinator Dr. M. 609

Mit Editorial von

H.-J. Prieß/F. Wolf,

Art. 346 AEUV – Der „Halve Hahn“
des Vergaberechts (S. 553)



9/2020

14. September 2020

21. Jahrgang S. 553–616



3450202009

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 135 + Bei.

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Rüdiger Breuer

Prof. Dr. Martin Burgi

Prof. Dr. Christian Calliess

Dr. Josef Christ

Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde

Dr. Frank Fellenberg

Prof. Dr. Andreas Heusch

Prof. Dr. Thomas Mayen

Prof. Dr. Hubert Meyer

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke

Prof. Dr. Joachim Scherer

Dr. Heribert Schmitz

Prof. Dr. Friedrich Schoch

Dr. Thomas Schröer

Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de

Mit Beilage:
Bestandsdatenauskunft II



17/2020

1. September 2020

39. Jahrgang S. 1217–1296

Aus dem Inhalt

S. Kluckert

Das Grabenwahlrecht auf dem Prüfstand der Verfassung 1217

T. Attendorn/M. Schnell

Die Untersagung von Parolen zum Schutz der öffentlichen Ordnung bei rechtsextremistischen Aufzügen 1224

I. Kraft

Die Verantwortung des Verwaltungsrichters für Ermittlung und Auslegung nationalen sowie europäischen Rechts 1229

S. Geiger

Staatshaftung für verfassungswidrige Gesetze 1234

M. Schiwiek

Die Folgen der Entscheidung des EuGH zu den Flughafenentgelten (NVwZ 2020, 48) 1239

N. Woitok

eID-Karte-Gesetz – Aus Versehen bereits in Kraft getreten? 1243

B. Bohnert/K. de Schotten

Der Grundsatz *iura novit curia* im Verwaltungsprozess 1245

C. Danker

Paritätische Aufstellung von Landeswahllisten – Beeinträchtigung der Wahlrechtsgrundsätze 1250

A. Buser

Eine allgemeine Klimaleistungsklage vor dem VG Berlin 1253

BVerwG

Anfechtung der Genehmigung einer Entgeltordnung für Flughafenentgelte (Anm. M. Friehe) 1278



Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

17 2020

Mit Beilage:
Bestandsdatenauskunft II

Inhalt

Aufsätze

Sebastian Kluckert

Das Grabenwahlrecht auf dem Prüfstand der Verfassung 1217

Thorsten Attendorn/Maren Schnell

Die Untersagung von Parolen zum Schutz der öffentlichen Ordnung
bei rechtsextremistischen Aufzügen 1224

Ingo Kraft

Die Verantwortung des Verwaltungsrichters für Ermittlung und
Auslegung nationalen sowie europäischen Rechts 1229

Kurze Beiträge

Sarah Geiger

Staatshaftung für verfassungswidrige Gesetze 1234

Michael Schiwiek

Die Folgen der Entscheidung des EuGH zu den Flughafenentgelten
(NVwZ 2020, 48) 1239

Niklas Woitok

eID-Karte-Gesetz – Aus Versehen bereits in Kraft getreten? 1243

Rechtsprechung des franz. Conseil d'État

Benoît Bohnert/Katia de Schotten

Der Grundsatz *iura novit curia* im Verwaltungsprozess 1245

Zur Rechtsprechung

Claudia Danker

Paritätische Aufstellung von Landeswahllisten – Beeinträchtigung
der Wahlrechtsgrundsätze 1250

Andreas Buser

Eine allgemeine Klimaleistungsklage vor dem VG Berlin 1253

Buchbesprechungen

F. v. Harbou/J. Markow, Philosophie des Migrationsrechts
(*Gabriele Buchholtz*) 1256

U. Ramsauer, Bundesausbildungsförderungsgesetz: BAföG
(*Bertold Huber*) 1256

Rechtsprechung

EuGH	9. 7.20 – C-343/19	Klage von Fahrzeugkäufern gegen VW in anderem Mitgliedstaat möglich	1257
EuGH	16. 7.20 – C-411/19	Erhaltung der natürlichen Lebensräume – Rötelfalke (Ls.)	1260
EuGH	9. 7.20 – C-297/19	Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden – Trauerseeschwalbe (Ls.)	1260
BVerfG	9. 6.20 – 2 BvC 37/19	Eilrechtsschutz im verfassungsgerichtlichen Wahlprüfungsverfahren	1261
BVerfG	15. 6.20 – 2 BvR 72/20	EZB-Ankauf von Vermögenswerten des Unternehmenssektors – CSPP	1263
ThürVerfGH	15. 7.20 – VerfGH 2/20	Thüringer Paritätsgesetz verfassungswidrig	1266
BVerwG	3. 6.20 – 3 C 21/19 ua	Anfechtung einer Entgeltordnung für Flughafenentgelte Anm. <i>Matthias Friebe</i>	1278 1280
BVerwG	16. 12.19 – 6 B 36/19	Anfechtung einer Regulierungsverfügung durch Wettbewerber	1281
BVerwG	29. 4.20 – 7 C 29/18	Zum Begriff der Gewässerunterhaltung im Sinne des Wasserrechts Anm. <i>Michael Reinhardt</i>	1282 1286
BVerwG	28. 5.20 – 1 VR 3/19 ua	Unterlassene Mitteilung der Änderung der Anschrift (Ls.)	1288
OVG Münster	9. 6.20 – 16 E 814/19	Zuständigkeit für Auskunftsanspruch des Steuerpflichtigen nach IFG NRW	1288
VG Berlin	31. 10.19 – 10 K 412/18	Klimaklage gegen Bundesregierung auf Erreichung des Klimaschutzziels 2020	1289
BGH	7. 4.20 – XIII ZB 84/19	Anordnung der Abschiebungshaft (Ls.)	1296
BGH	14. 1.20 – XIII ZB 1/19	Sicherung der Rücküberstellung (Ls.)	1296

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-RR, NJW	VII
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VIII
Rechtsprechung in Leitsätzen	IX
Kabinettsbeschluss, Referentenentwurf und Veranstaltung	X

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor *Dr. Achim Schunder* (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin *Dr. Christiane Prause*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonsti-

gen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweiverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81

89-609, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehling*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h.c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2020: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 349,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* für NJW-Bezieher: jährlich € 305,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 18,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 549,- (inkl. MwSt.); *Vorzugspreis* NJW-Bezieher jährlich € 485,- (inkl. MwSt.); Einzelheft NVwZ m. RR € 28,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahresteile und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Verandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

D3-Z126

OHW

Das öffentliche
Haushaltswesen in Österreich

Finanzausgleichsrecht
in Österreich ab 1948

Fundquellenübersicht mit
Anmerkungen

Jahrgang 61 (2020) • Sonderheft

INFOS: angela.grandl@vst.gv.at

Web: oehw.at

Zeitschrift der Gesellschaft für das öffentliche Haushaltswesen



Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich

61. Jahrgang

2020

Sonderheft

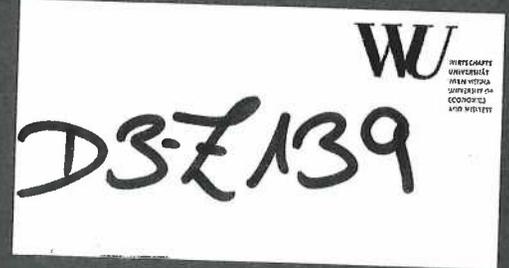
INHALTSÜBERSICHT

Seite

- 1 Statt eines Vorwortes
- 2 Finanzausgleichsrecht ab 1948 – Fundquellenübersicht
- Anhänge:
 - 82 1. F-VG und FAG – Stammgesetze und Änderungen (BGBL.-Übersicht)
 - 86 2. Stabilitätspakte und Konsultationsmechanismus (BGBL.-Übersicht)
 - 88 3. Wesen und Bedeutung des Finanzausgleiches, Pfaundler
 - 92 4. Zentralismus und Föderalismus, Pfaundler
 - 94 5. Anmerkungen zu den Begriffen „Finanzausgleich“, „Paktum“ und „Bedarf“
 - 96 6. Schematische Darstellung des Finanzausgleichs 1948, Pestemer
 - 98 7. Das österreichische Finanzverfassungssystem (Beispielhafte Darstellung auf Basis FAG 1997; persönliche Unterlage)
 - 109 8. Paktum über den Finanzausgleich 2005 bis 2008 (Persönliche Unterlage)
 - 114 9. Aus der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes (VfGH)
 - 129 10. Eingesehene/Verwendete Literatur

Hinweis:

- Jahreszahl in Fettschrift = Jahr der Kundmachung im BGBL;
- Nicht erwähntes Jahr = Jahr ohne Kundmachung im BGBL

**SCHRIFTLÉITUNG**

Prof. Dr. Bernhard Stüer, Münster/Osnabrück

HERAUSGEBERProf. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,
LuxemburgProf. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn
Marion Eckertz-Höfer, LeipzigProf. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin
Dr. Caspar David Hermanns, OsnabrückProf. Dr. h.c. Wolfgang Kahl, Heidelberg
Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin

Prof. Dr. Hans-Werner Rengeling, Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig

Prof. Dr. Bernhard Stüer

Heft 18
15. September 2020
Seiten 1161–1224
135. Jahrgang
Art.-Nr. 56412018
PVSt 2421

18

AUS DEM INHALT**ABHANDLUNGEN****Hanno Kube**Afront oder Wegweisung? – Die EZB-Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts S. 1161**Hans-Günter Henneke**Die Enkel der »Wilden 13« – oder: The same procedure as
every year S. 1168**Paul J. Glauben**Die Abwahl von Ausschussvorsitzenden im Deutschen Bundestag
und in den Landesparlamenten S. 1174**Frank-Roland Hillmann**Das Recht der Fahrerlaubnis einschließlich Reformüberlegungen
zur Fahrerlaubnisverordnung S. 1180**José Martínez**

Landwirtschaft und Umweltschutz S. 1186

RECHTSPRECHUNG

BGH, Ur. v. 27.02.2020 – 3 StR 327/19

Strafbarkeit unzulässigen Glücksspiels S. 1197

BVerwG, Ur. v. 17.10.2019 – 4 CN 8/18

Beschränkung der Zahl zulässiger Vorhaben in einem
Sondergebiet – mit Anmerkung Hanns-Christian Fricke S. 1205

OVG NRW, Beschl. v. 12.12.2019 – 14 A 516/19

Wohnraumförderung S. 1211

Nds. OVG, Beschl. v. 30.01.2020 – 2 ME 622/19

Anspruch auf Schülerbeförderung in einen benachbarten Landkreis S. 1213

Sächs. OVG, Beschl. v. 05.03.2020 – 6 B 223/19

Zum Verlust des Rechts auf Ablehnung eines Richters wegen
Besorgnis der Befangenheit S. 1215

OVG NRW, Beschl. v. 06.03.2020 – 2 E 917/19

Erstattungsfähigkeit von Gutachterkosten S. 1216

Nds. OVG, Beschl. v. 11.03.2020 – 1 OA 7/20

Wertaddition bei unterschiedlichen Streitgegenständen –
Abweichung vom Streitwertkatalog S. 1218

Hess. VGH, Beschl. v. 17.03.2020 – 1 B 835/19

Berücksichtigung nicht durch den Dienstherrn bewertbares
dienstlichen wie außerdienstlichen Verhaltens S. 1220

OVG Rheinland-Pfalz, Ur. v. 23.06.2020 – 2 A 10461/20.OVG

Europarechtswidrige nicht gerechtfertigte mittelbare
Diskriminierung bei der Schülerbeförderung S. 1223

Carl Heymanns Verlag

INHALT 18 · 2020

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Aufsätze

- Affront oder Wegweisung? – Die EZB-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**
Prof. Dr. Hanno Kube, LL.M. (Cornell), Heidelberg **1161**
- Die Enkel der »Wilden 13« – oder: The same procedure as every year**
Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin/Osnabrück **1168**
- Die Abwahl von Ausschussvorsitzenden im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten**
Ministerialdirigent Dr. Paul J. Glauen, Mainz **1174**
- Das Recht der Fahrerlaubnis einschließlich Reformüberlegungen zur Fahrerlaubnisverordnung**
Fachanwalt für Verkehrsrecht Frank-Roland Hillmann, Oldenburg **1180**
- Landwirtschaft und Umweltschutz**
Prof. Dr. José Martínez, Göttingen **1186**

Buchbesprechungen

- Busse/Hofmann: Bundeskanzleramt und Bundesregierung**
Ministerialrat a.D. Dr. Michael Fuchs, M.A., Magister rer. publ., Berlin **1192**
- Jansen: Recht und gesellschaftliche Differenzierung**
Prof. Dr. Dr. iur. h.c. Helmut Goerlich, Leipzig **1192**
- Neier: Der Kernbestandsschutz der Unionsbürgerschaft**
Dr. Ferdinand Weber, MLE., Göttingen **1194**
- Siefken: Parlamentarische Kontrolle im Wandel**
Rechtsanwalt Dr. Matthias Wiemers, Berlin **1195**

Rechtsprechung

Bundesgerichtshof

- BGH, Ur. v. 27.02.2020 – 3 StR 327/19
Strafbarkeit unzulässigen Glücksspiels **1197**

Bundesverwaltungsgericht

- BVerwG, Ur. v. 17.10.2019 – 4 CN 8/18
Beschränkung der Zahl zulässiger Vorhaben in einem Sondergebiet – mit Anmerkung Dr. Hanns-Christian Fricke, Hannover **1205**

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

- OVG NRW, Beschl. v. 12.12.2019 – 14 A 516/19
Wohnraumförderung **1211**
- Nds. OVG, Beschl. v. 30.01.2020 – 2 ME 622/19
Anspruch auf Schülerbeförderung in einen benachbarten Landkreis **1213**
- Sächs. OVG, Beschl. v. 05.03.2020 – 6 B 223/19
Zum Verlust des Rechts auf Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit **1215**
- OVG NRW, Beschl. v. 06.03.2020 – 2 E 917/19
Erstattungsfähigkeit von Gutachterkosten **1216**
- Nds. OVG, Beschl. v. 11.03.2020 – 1 OA 7/20
Wertaddition bei unterschiedlichen Streitgegenständen – Abweichung vom Streitwertkatalog **1218**
- Hess. VGH, Beschl. v. 17.03.2020 – 1 B 835/19
Berücksichtigung nicht durch den Dienstherren bewertbares dienstlichen wie außerdienstlichen Verhaltens **1220**
- OVG Rheinland-Pfalz, Ur. v. 23.06.2020 – 2 A 10461/20.OVG
Europarechtswidrige nicht gerechtfertigte mittelbare Diskriminierung bei der Schülerbeförderung **1223**

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir Beilagen folgender Unternehmen:
Verlag C.H. Beck oHG
Wir bitten freundlich um Beachtung.

ZEITSCHRIFT FÜR UNTERNEHMENSRECHT
UND GESELLSCHAFTSRECHT

D3-Z188

HERAUSGEGEBEN von Alfred Bergmann, Ingo Drescher, Holger Fleischer,
Wulf Goette, Stephan Harbarth, Peter Hommelhoff, Gerd Krieger, Hanno Merkt,
Christoph Teichmann, Jochen Vetter, Marc-Philippe Weller, Hartmut Wicke

Z
G
R

INHALT

Mathias Habersack

**Modernisierung des Personengesellschaftsrechts -
aber wie?**

539

Marcus Lutter und Florian Gröntgen

Der BGH erlaubt den Organen Vorstand und Aufsichtsrat die folgenlose Unwahrheit

569

Sebastian Omlor und Johannes Meier

**Das reformierte Transparenzregister nach der
5. Geldwäscherichtlinie**

586

Peter Lorson, Jochen Pilhofer, Ellen Haustein und Sascha B. Herr

Bilanzierung von Schenkungen nach IFRS

629

Andreas Kerkemeyer

**Herausforderungen des Blockchain-Netzwerks für das
Kapitalmarktrecht**

654

Christoph Andreas Weber

**Ressortverteilung unter GmbH-Geschäftsführern -
das Weltruf-Urteil des BGH**

688

Modernisierung des Personengesellschaftsrechts – aber wie?

Prof. Dr. MATHIAS HABERSACK, München*

Inhaltsübersicht

ZGR 2020, 539–568

I. Einführung	540
II. Entwicklungslinien	542
1. Die Lösung des BGB: Römische Societas versus deutschrechtliche Gesamt- hand	542
2. Vom Sondervermögen zum Rechtssubjekt	543
3. Reformdebatte vor Maurach	544
III. Grundlagen	546
1. Außen- und Innen-Gesellschaften	546
2. Rechtsnatur der rechtsfähigen Personengesellschaft	547
3. Rechtsfähigkeit und Transparenz – zugleich zu Leitbild und Regelungs- standort	550
IV. Einzelfragen	557
1. Nicht eingetragener Verein	557
2. Beschlussfassung und Beschlussmängel	559
3. Vertretung	561
4. Haftung	562
5. Atypische Personengesellschaft	564
V. Fazit	566

Der am 20.4.2020 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts sieht eine umfassende Reform insbesondere der Vorschriften über die Gesellschaft bürgerlichen Rechts vor. Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Kernelementen des Entwurfs auseinander, nämlich (i) der Beibehaltung des Kaufmannsbegriffs und damit zugleich der Unterscheidung zwischen Personenhandelsgesellschaften und nicht gewerblich tätigen Personengesellschaften (unter gleichzeitiger Öffnung des Rechts der Personenhandelsgesellschaften für Freiberufler), (ii) der Einführung einer fakultativen Eintragung der rechtsfähigen GbR in ein eigenständiges Register und (iii) einer Ausrichtung des Rechts der GbR an OHG-Grundsätzen. Darüber hinaus hinterfragt er die Regelungsvorschläge zum Beschlussmängelrecht der Personengesellschaften, zur Vertretung der GbR, zur Haftung ihrer Mitglieder und zum nicht eingetragenen Verein; auch erinnert er an die Regelungsbedürftigkeit der Auslandsgesellschaft & Co.

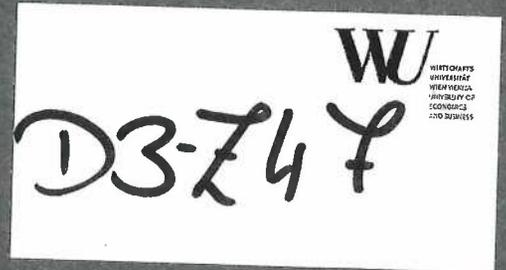
The draft law on 20 April 2020 for the modernization of partnership law provides for a comprehensive reform, in particular of the regulations on civil society law. The article takes a critical look at the core elements of the draft, namely (i) maintaining the concept of a merchant and thus distinguishing

* Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht der Ludwig-Maximilians-Universität München.

4/2020

S. 131–170, ART.-NR. 165–216

September 2020



ZIK

INSOLVENZRECHT UND KREDITSCHUTZ

Herausgeber: Hans-Georg Kantner, Andreas Konecny,
Franz Mohr, Stephan Riel, Birgit Schneider

BEITRÄGE

- » **Andreas Konecny:** Umfang und Wert der Nachtragsverteilungsmasse
- » **Miriam Simsa/Philipp Kalser:** Fortwährende Unsicherheiten der Aufrechnung im Sanierungsverfahren
- » **Christian Podoscsek/Matthias Stipanitz:** Das Masseanderkonto im Konkurs der kontoführenden Bank
- » **Luca Baldovini:** Gläubigerbenachteiligung auf den Todesfall – Schutzlücken im Anfechtungsrecht

ZIK INTERNATIONAL

- » **Georg Wabl/Gert-Jan Boon:** Das neue „Dutch scheme“ – die Niederlande am Weg zum neuen Restrukturierungshub?

JUDIKATUR

- » Wirkung eines Insolvenzverfahrens auf ein naheheliches Aufteilungsverfahren
- » Sanierungsplan: Sicherstellung und vorläufige Entscheidung über die Forderungshöhe (Stephan Riel)



ZIK AKTUELL

131

BEITRÄGE

Andreas Konecny: Umfang und Wert der Nachtragsverteilungsmasse	132
Miriam Simsa/Philipp Kalser: Fortwährende Unsicherheiten der Aufrechnung im Sanierungsverfahren	136
Christian Podoschek/Matthias Stipanitz: Das Masseanderkonto im Konkurs der kontoführenden Bank	141
Luca Baldovini: Gläubigerbenachteiligung auf den Todesfall – Schutzlücken im Anfechtungsrecht	147

ZIK INTERNATIONAL

Georg Wabl/Gert-Jan Boon: Das neue „Dutch scheme“ – die Niederlande am Weg zum neuen Restrukturierungshub?	151
---	-----

FACHLITERATUR

156

JUDIKATUR

Veräußerung eines gepfändeten Gesellschaftsanteils und Insolvenzverfahren des Verpflichteten	160
Nacheheliches Aufteilungsverfahren ohne Einbeziehung des Insolvenzverwalters	160
Wirkung eines Insolvenzverfahrens auf ein nacheheliches Aufteilungsverfahren	160
Abschöpfungsverfahren und Exekutionssperre	162
Anfechtungsansprüche sind abtretbar	163
Zur Prüfung der Kostendeckung im Eröffnungsverfahren bei Eigenantrag des Schuldners	163
Unanfechtbarkeit von Weisungen an den Insolvenzverwalter durch den Schuldner	163
Zur Freigabe einer unverwertbaren Liegenschaft	164
Liegenschaftsverkauf im Insolvenzverfahren und Maklerprovision	164
Die Nachtragsverteilung erfasst den gesamten aktuellen Vermögenswert	165
Abgrenzung Aufhebung mangels Kostendeckung/bei Masseunzulänglichkeit/nach Schlussverteilung	167
Sanierungsplan: Sicherstellung und vorläufige Entscheidung über die Forderungshöhe	167
Kein Insolvenz-Entgelt für verjährte Urlaubsansprüche	168
Zum Insolvenz-Entgelt für Patent-/Erfindungsvergütung	169
Keine gründungsprivilegierte Stammeinlage im Zuge einer Kapitalerhöhung	169
Prospekthaftung und Länge der Verjährungsfrist	170
Zur fristgerechten Anspruchsanmeldung bei der Anlegerentschädigung von Wertpapierfirmen	170

Mohr Siebeck Redaktion: Telefon
72010 Tübingen 72074 Tübingen (07071) 923-52
Postfach 20 40 Wilhelmstraße 18 Telefax
ISSN 0022-6882 jz@mohrsiebeck.com (07071) 923-67
www.juristenzeitung.de

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z134

Juristen Zeitung



17

75. Jahrgang
4. September 2020
Seiten 809–860

Aus dem Inhalt:

Giesela Rühl

Digitale Justiz, oder: Zivilverfahren für das
21. Jahrhundert

Sebastian Mock

25 Jahre Wertpapierhandelsgesetz

Klaus Ferdinand Gärditz

Grundrechtliche Grenzen strategischer Ausland-
Ausland-Telekommunikationsaufklärung

Elisa Hoven

Ratio und Reichweite des strafrechtlichen
Schutzes von Flaggen

BGH mit Anmerkung von

Andreas Piekenbrock

Präklusion des Verbraucher-Widerrufsrechts
gemäß §§ 767 Abs. 2, 797 Abs. 2 ZPO

BGH mit Anmerkung von

Judith Froese

Geschlechtsangabe im Geburtenregister bei
lediglich empfundener Intersexualität



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Dr. h.c. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

17 75. Jahrgang
4. September 2020

JZ Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professorin Dr. **Giesela Rühl**, LL.M. (Berkeley)
Digitale Justiz, oder: Zivilverfahren für das
21. Jahrhundert **809**

Professor Dr. **Sebastian Mock**, LL.M. (NYU)
25 Jahre Wertpapierhandelsgesetz **817**

Besprechungsaufsatz

Professor Dr. **Klaus Ferdinand Gärditz**
Grundrechtliche Grenzen strategischer Ausland-
Ausland-Telekommunikationsaufklärung **825**

Gesetzgebung

Professorin Dr. **Elisa Hoven**
Ratio und Reichweite des strafrechtlichen Schutzes
von Flaggen **835**

Literatur

Tristan Barczak: Der nervöse Staat
Professor Dr. **Christoph Gusy** **843**

Antonia Reitter: Rechtspaternalismus und Biomedizinrecht.
Schutz gegen den eigenen Willen im Transplantationsgesetz,
Arzneimittelgesetz und Embryonenschutzgesetz
Professor Dr. **Josef Franz Lindner** **844**

Entscheidungen

BGH, 3. 3. 2020 – XI ZR 486/17
mit Anmerkung von
Professor Dr. **Andreas Pickenbrock**
Präklusion des Verbraucher-Widerrufsrechts gemäß
§§ 767 Abs. 2, 797 Abs. 2 ZPO **846**

BGH, 22. 4. 2020 – XII ZB 383/19
mit Anmerkung von
Privatdozentin Dr. **Judith Froese**
Geschlechtsangabe im Geburtenregister bei lediglich
empfundener Intersexualität **851**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung/
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **524***
Gesetzgebung **525***
Entscheidungen in Leitsätzen **526***
Neuerscheinungen **542***
Zeitschriftenübersicht **554***
Festschrift/Sammelwerk **559***
Impressum **560***